



Entführtes Passagierflugzeug „Landshut“ in Mogadischu, Kanzler Schmidt, Staatspräsident Giscard d'Estaing (1977): „Autorität der europäischen

ZEITGESCHICHTE

„Schrecklicher Zustand“

Bislang geheime Unterlagen aus der Zeit der Schleyer-Entführung zeigen, dass Bundeskanzler Helmut Schmidt 1977 von Politikern gedrängt wurde, RAF-Häftlinge erschießen zu lassen.

Die größte Herausforderung seiner Amtszeit erlebte Bundeskanzler Helmut Schmidt im Herbst 1977: Am 5. September hatte ein Kommando der terroristischen RAF den Fahrer und die Leibwächter des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer erschossen und den Spitzenmanager entführt. Die Polit-Kriminellen wollten elf Gesinnungsgenossen freipressen, die überwiegend in Stammheim einsaßen.

Als die Bundesregierung den Forderungen nicht nachkam, kaperten am 13. Oktober palästinensische Terroristen die Lufthansa-Maschine „Landshut“ auf dem Flug von Mallorca nach Frankfurt mit 91 Menschen an Bord.

Schmidt blieb hart und hielt die Geiselnahmer hin, obwohl sie „Landshut“-Kapitän Jürgen Schumann ermordeten. Nach fünf Tagen ließ der Kanzler schließlich die in Mogadischu gelandete Maschine stürmen und die Geiseln befreien. In Stammheim nahmen sich daraufhin die inhaftierten RAF-Terroristen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe das Leben; einen Tag später wurde Schleyer erschossen aufgefunden.

Dass die Befreiung der Lufthansa-Maschine glimpflich verlief und sich die noch junge westdeutsche Demokratie als handlungsfähig erwies, verschaffte Schmidt weltweit einen Nimbus, von dem der Ex-Kanzler bis heute zehrt.

Nun hat die Bundesregierung erstmals und an gelegener Stelle Akten ihrer Ge-

heimpolitik jener Zeit veröffentlicht, die neues Licht auf zahlreiche Facetten der Geiselkrise werfen*.

Überwiegend handelt es sich um Protokolle und Zusammenfassungen der Telefonate, die Schmidt mit Staats- und Regierungschefs führte – etwa mit dem französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing am 13. September 1977.

Wenige Tage zuvor hatte der Bundeskanzler um „exotische Vorschläge“ zur Befreiung Schleyers gebeten, und CSU-Chef Franz Josef Strauß hatte im Großen Krisenstab angeregt, von den inhaftierten RAF-Terroristen „alle Stunde einen (zu) erschießen“. Bisher gilt die Version, Strauß habe mit dieser Meinung weitgehend alleingestanden; er sei zudem angetrunken gewesen. Glaubt man hingegen, was Schmidt zu Giscard d'Estaing sagte und was ein Beamter des Kanzleramts notierte, müssen sich ganz andere Szenen abgespielt haben:

„Bundeskanzler: Die öffentliche Meinung in Deutschland befindet sich in einem ‚schrecklichen Zustand‘. Von allen Seiten, sogar von Politikern werde von ihm verlangt, Geislerschießungen an den inhaftierten Terroristen vorzunehmen. Er wolle aber keinerlei Zweifel daran lassen, dass er die Verfassung und die Rechtsordnung strikt einhalten werde. Er stünde aber un-

ter starkem Druck überwiegend seitens der Opposition, aber auch aus dem eigenen Lager und aus weiten Kreisen parteipolitisch nicht gebundener Bürger.“

Leider lässt sich der Bonner Regierungschef nicht genauer darüber aus, wer ihn bedrängte.

Die nun bekanntgewordenen Gesprächsprotokolle dürften den Forderungen an Bundeskriminalamt, Bundesinnenministerium und die Landesregierung von Baden-Württemberg Rückenwind geben, endlich alle Akten zu den Vorgängen im Gefängnis Stuttgart-Stammheim freizugeben. Recherchen des SPIEGEL hatten im vergangenen Herbst Vermutungen genährt, dass die Häftlinge während der Schleyer-Entführung abgehört wurden und die Sicherheitsbehörden wussten, dass Baader und Raspe in ihren Zellen Waffen versteckten, mit denen sie sich später umbrachten.

Den freigegebenen Akten zufolge erzählte Schmidt Italiens Ministerpräsidenten Giulio Andreotti nach den Selbstmorden, die Bundesregierung habe die für Stammheim zuständige Landesregierung in Stuttgart „rechtzeitig gewarnt und strengste Kontrollen der Gefangenzellen angeordnet“. Bonn habe „aufgrund der offensichtlichen Verbindungen zwischen den inhaftierten Terroristen und der Außenwelt Hinweise – wenn auch keine Beweise – über mögliche Vorfälle erhalten“. Diese „Hinweise“ seien „wohl in Baden-Württemberg ... nicht genügend berücksichtigt worden“. Welche „Hinweise“ waren das?

Unter Schmidts Kollegen sorgten die Verhältnisse in Stammheim für Erstaunen. Er habe gelesen, dass die Häftlinge „Fernsehen und andere Einrichtungen hätten“, bemerkte der britische Premierminister James Callaghan laut den Aufzeichnungen, „dies erscheine ihm ungewöhnlich. Er empfehle, dass der Bundeskanzler die Sache in die Hand nehme und hier einheitliche, nicht zu hohe Standards anstrebe“.

* Institut für Zeitgeschichte (Hg.): „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1977“. Oldenbourg Verlag, München; 2 Bände, 1968 Seiten; 138 Euro.



„Staaten im Auge behalten“

Neue Erkenntnisse liefern die Bonner Gesprächsprotokolle auch zum Dankeschön der Deutschen an den somalischen Diktator Siad Barre für die Erlaubnis, die „Landshut“ in Mogadischu zu stürmen. Bislang hieß es, dass Bonn Waffenlieferungen ablehnte, denn Barre führte Krieg gegen Äthiopien. Stattdessen wurde die Entwicklungshilfe deutlich ausgebaut.

Nun stellt sich heraus, dass Schmidt den Anteil der Warenhilfe bewusst niedrig ansetzte. Dem somalischen Botschafter Jussuf Bokah erklärte er: „Die Bundesregierung könne ... finanzielle Unterstützung geben, die auch für Verteidigungszwecke verwendet werden könne. Eine solche Vereinbarung müsse aber strikt vertraulich bleiben“.

Und der Vizepräsident des Landes, Generalmajor Hussein Afra, erhielt vom deutschen Regierungschef den Hinweis: „Dies gibt Ihnen die größtmögliche Freiheit ... zu kaufen, was Sie aus Ihrer eigenen Sicht für vordringlich halten.“ 100 gebrauchte militärische Lastwagen wurden Afra sofort versprochen.

Unklar bleibt, ob Schmidt Ägyptens Präsidenten Anwar al-Sadat bat, den Somalis

Waffen zu liefern. Zugesagt hatte er es ihnen jedenfalls.

Während jener Zeit, die Bonn an den Rand der Regierungsunfähigkeit brachte, telefonierte der Kanzler mit Staatsmännern in aller Welt. Manchmal bat er um Rat. So fragte er Giscard d'Estaing nach der Entführung der „Landshut“, „ob er die bisherige konsequente Linie fortsetzen“ solle. Die Antwort des Franzosen: Er würde die „Gefangenen nicht ausliefern“. Es werde vielleicht Tote geben, doch man müsse „die Autorität der europäischen Staaten im Auge behalten“. In den Dokumenten ist auch zu lesen, dass Schmidt später gegenüber Andreotti erklärte, „besonders der Rat Giscard d'Estaings (sei) eine große Hilfe gewesen“.

Meistens ging es bei den Gesprächen um die Abläufe einer möglichen Geiselnbefreiung, etwa in Dubai, wo die „Landshut“ nach Zwischenlandungen in Rom und auf Zypern zwei Tage in brutender Hitze auf dem Flughafen stand. Die Briten hatten Dubai wenige Jahre zuvor in die Unabhängigkeit entlassen, und so lag es für Schmidt nahe, Callaghan anzurufen. Er bat ihn, auf die Scheichs einzuwirken, damit diese den Start der Maschine verhinderten.

Von den Briten ausgebildete Fallschirmspringer sollten die Geiseln befreien. Schmidt gab sich optimistisch: Eine „militärische Aktion mit diesen Kräften“ sei „durchführbar und chancenreich“, erklärte er gegenüber Callaghan, der mehrfach ausdrücklich nachfragte, ob die Männer aus Dubai genühten.

In der „Landshut“ spitzte sich die Situation unterdessen zu. Die Entführer hatten seit Tagen nicht geschlafen, die Klimaanlage war ausgefallen, und die Flughafenbehörde weigerte sich, die Maschine aufzutanken. Schließlich drohte Anführer Zohair Akache, alle fünf Minuten eine Geisel zu töten.

Schmidt wollte die Scheichs ersuchen, so fasste ein Mitarbeiter die Ausführungen des Kanzlers zusammen, „die Reifen der Maschine zerschießen zu lassen. Sollten die Terroristen beginnen, Passagiere oder

Besatzungsmitglieder zu erschießen, würden wir auf die Durchführung einer militärischen Aktion drängen“.

Zwei Stunden später rief der Kanzler den Präsidenten der Vereinigten Arabischen Emirate und entscheidenden Mann in Dubai an, Scheich Sajid Ibn Sultan Al-nahjan. Schmidt begann das Gespräch auf Englisch, wechselte dann ins Deutsche, und ein neben ihm sitzender Dolmetscher übersetzte ins Arabische.

Der Scheich appellierte an den Kanzler, die Häftlinge in Stammheim freizulassen. Schmidt wiederum verlangte „im Namen der Humanität“, den Start der Maschine zu verhindern. Sonst müsse diese möglicherweise in der Wüste notlanden, und die Passagiere würden umgebracht.

Als der Kanzler das Telefonat beenden wollte, erhielt er eine Meldung gereicht – die „Landshut“ war eine Minute zuvor in Dubai gestartet. Der Kanzler sei darüber „sehr enttäuscht“ gewesen, berichtete später Hans-Jürgen Wischnewski, Staatsminister im Kanzleramt.

Wischnewski agierte damals als Schmidts Krisenmanager vor Ort. Am 17. Oktober landete er in Mogadischu, wo inzwischen die „Landshut“ stand. Er und Schmidt wussten, dass ihre vielen Telefonate eine Gefahr in sich bargen: Selbst Hobbyfunker konnten diese empfangen und daraus schließen, dass eine Befreiungsaktion anstand.

Wischnewski und Schmidt sprachen deshalb in verklausulierter Form miteinander. Den Anflug der GSG 9 teilte der Kanzler mit den Worten mit:

„Die Freunde von Herrn Wegener sind gegenwärtig dabei, den Luftraum über Dschibuti zu erreichen. (...) Ich würde dich bitten, den Staatschef Siad da unverzüglich aufzusuchen. Ich würde zweitens bitten, auf die Operation zum Schutz vor der Katastrophe hinzuwirken.“

Bekanntlich ist das gelungen. Am 18. Oktober um 0.05 Uhr mitteleuropäischer Zeit stürmte die GSG 9 die Maschine und erschoss drei der Geiselnnehmer. Von den Passagieren wurde niemand ernsthaft verletzt.